

Modern, realistisch, sozial.
Perspektiven
für Sachsen-Anhalt. **DIE LINKE.**

Einberufung der 2. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei
DIE LINKE.
Landesverband Sachsen-Anhalt

Seite -4-

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

10. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

25. Mai 2010

Wir wollen das Land verändern

(sk) Die Geschichte der LINKEN ist eine Erfolgsgeschichte. Mittlerweile in 13 Landtagen vertreten, mit 11,9% der Stimmen im Bundestag gestärkt und zehntausende neue Mitglieder im Bundesgebiet. Der mit der Agenda 2010 begonnene Sozialabbau, die Beteiligung am Krieg in Afghanistan und die Finanz- und Wirtschaftskrise haben in der deutschen Bevölkerung Widerspruch hervorgerufen, dem DIE LINKE, als politische Kraft, Stimme verliehen hat.

Nach 3 Jahren stand ein grundlegender Personalwechsel in unserer Parteispitze auf der Tagesordnung des 2. Bundesparteitages in Rostock. Lothar Bisky hatte bereits vor 2 Jahren erklärt, nach langjährigem Vorsitz in der PDS und der LINKEN nicht erneut für das Amt kandidieren zu wollen, er bleibt weiter Vorsitzender der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament. Oskar Lafontaine hatte aus gesundheitlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet, er wird zukünftig die saarländische Landtagsfraktion führen. Der langjährige Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch hatte, nach heftigen Angriffen auf seine Person, ebenfalls auf eine erneute Kandidatur verzichtet, er ist jetzt stellver-

tretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion. Bundesschatzmeister Karl Holuba verabschiedete sich auf dem Parteitag in den Ruhestand.

Dieser Situation geschuldet, hatte der Vorstand gemeinsam mit den Landesvorsitzenden einen Struktur- und Personalvor-

schlag erarbeitet, der die Besetzung der Spitzenämter unserer Partei zum Inhalt hatte. Der Strukturvorschlag wurde in einem Mitgliederentscheid und vom Parteitag mit großer Mehrheit bestätigt. Gregor Gysi dankte den auscheidenden Mitgliedern des Vorstandes für ihre langjährige Arbeit und würdigte ihre Verdienste für unsere Partei. Beide Vorsitzende verabschiedeten sich in ihren Parteitagsreden mit den Worten: „Machts gut, machts besser“, von den Delegierten.

In den folgenden Wahlen wurde auch der Personalvorschlag des Vorstandes bestätigt, zwar waren die Wahlergebnisse differenziert und zeigten durchaus auf, dass nicht in allen Personalfragen Einigkeit be-

stand.

In ihrer Vorstellungsrede wies Gesine Lötsch auf die anstehenden Aufgaben hin: „Wir stehen vor gleich



mehreren Herkulesaufgaben. Bei laufendem Politikbetrieb müssen wir unsere dynamisch wachsende Partei organisieren, strategisch ausrichten und in ihren Strukturen den aktuellen Herausforderungen anpassen. Das ist allerdings leichter gesagt als getan. Es geht also nicht um ein Nacheinander, sondern um die gleichzeitige Bewältigung von sehr vielen komplizierten Aufgaben. Ein Beispiel: Viele Genossinnen und Genossen diskutieren sehr engagiert den Programmentwurf unserer Partei. Das ist gut! Doch die Diskussion kann nur wirklich erfolgreich sein, wenn wir sie nicht von der Lösung der alltäglichen Aufgaben abkoppeln.

weiter auf Seite -2-

Die Programmdiskussion darf keine geschlossene Veranstaltung werden, aus der wir erst wieder herauskommen, wenn wir das Programm beschlossen haben. Wir brauchen eine Programmdiskussion, an der sich so viele Menschen wie möglich beteiligen, eine Diskussion, die die anderen Parteien zwingt, über ihre Programme neu nachzudenken.“

Klaus Ernst schilderte bei seiner Vorstellung seine politische Entwicklung vom Jugendvertreter bis hin zu seinem Engagement in der WASG. Für DIE LINKE forderte er: „Und so wünsche ich mir eine LINKE: eine Partei, die nicht nur stark und engagiert mit möglichst vielen Abgeordneten im Parlament sitzt. Ja, das brauchen wir auch, das wollen wir. Aber ich möchte auch eine Partei, die mit den Menschen außerhalb der Parlamente, und zwar mit möglichst vielen, für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen eintritt, nicht nur im Parlament, sondern auch verankert in den Bewegungen unserer Gesellschaft.“

Differenzierter als das Wahlergebnis der direkt zu wählenden Ämter war das Ergebnis der Vorstandswahlen, hier brachen zum Teil Unterschiede zwischen Ost- und Westlinken bzw. der verschiedenen Strömungen auf. So wurde z.B. im 1. Wahlgang der Frauenliste keine von den Ost-Landesverbänden vorgeschlagene Frau gewählt. Eine kurze Diskussion hierzu brachte schließlich im 2. Wahlgang ein ausgeglicheneres Ergebnis. Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass der neue Vorstand sehr heterogen zusammengesetzt ist, was aber auch den pluralen Charakter unserer Partei unterstreicht. Aus Sachsen-Anhalt wurden Rosemarie Hein, Dagmar Zoschke und Matthias Höhn in den Bundesvorstand gewählt.

Gregor Gysi versuchte in seiner Rede diese Unterschiede und Differenzen zu erklären: „Vor drei Jahren haben wir uns gegründet - 2007 als LINKE Partei. Wir sind im Vereinigungsprozess. Ich höre gerne Sätze, und die geben immer viel Beifall, wenn man sagt, das spielt für mich - Ost und West - keine Rolle. Aber es spielt eben leider doch eine Rolle. Wir sind noch im Vereinigungsprozess. Wir müssen ihn gestalten. Wir müssen ihn bewusst gestalten. Ich bin sehr froh, dass wir zwei Parteibildungsbeauftragte haben, aber auch natürlich die gesamte Führung, die daran arbeiten muss, und zwar sehr konkret. Wir müssen sehen,

es gibt einfach Unterschiede. Diese Unterschiede führen zu Schwierigkeiten im Umgang. Ich sage es nur stichwortartig: Wir sind im Osten eine Volkspartei, im Westen selbstverständlich nicht oder noch nicht. Im Westen sind wir eine Interessenspartei. Das zieht aber unterschiedliches politisches Agieren nach sich. Und jetzt möchte ich nicht, dass die einen mir immer erzählen, was die anderen alles falsch machen, und die anderen mir erzählen, was die einen alles falsch machen. Vielleicht hören wir mal einander zu, lernen voneinander und begreifen eines: Die neue LINKE, unsere Partei, kann nicht mehr die PDS sein und kann nicht mehr die WASG sein. Wir müssen etwas Neues sein wollen, indem wir uns alle verändern! ... Aber natürlich wird man dabei auch das eine und andere Gewohnte und Liebgewordene los. Und die Unterschiede sind doch nicht nur Volkspartei und Interessenspartei. Ich sage es noch mal: Wenn man zum Beispiel wie ich aus der SED kam und den Weg über die PDS etc. gegangen ist, dann wurde ich plötzlich ausgegrenzt. Ich meine, die früheren Blockfreunde haben kaum noch mit uns geredet. Früher haben sie mit der Partei koalitiert. Plötzlich wollten sie alle nichts mehr von uns wissen. Das war mir ein fremder Vorgang. Also fing ich natürlich an, mit anderen zusammen um Akzeptanz zu kämpfen. Wenn ich jetzt im Westen gelebt hätte und ich hätte mich entschieden, mich links von der SPD zu organisieren, hätte ich doch gewusst, dass ich an den Rand der Gesellschaft trete. Das wäre nicht über mich gekommen. Das wäre meine Entscheidung gewesen. Und schon daraus resultieren politische und psychologische Unterschiede. Wenn man sie einmal begreift, dann kann man anders miteinander umgehen, weil man sich das dann gar nicht mehr vorwirft. Man sagt dann: Ich weiß ja, warum du so bist und ich anders bin, und so weiter und sofort ... Deshalb plädiere ich ja dafür, dass wir uns öfter treffen, und zwar Basisgruppen Ost-West, Kreisvorstände Ost-West, Landesvorstände Ost-West, und ihr wisst, ich sage, wenn es geht, immer mit einer Übernachtung, denn wenn ihr abends zusammen Bier oder Wein trinkt, wacht ihr morgens anders auf.

Das ist das Entscheidende, was wir hinbekommen müssen.“

Dieser Herausforderung muss sich unsere Partei in den kommenden Jahren stellen.

Wahl der Parteivorsitzenden

Gewählt: Gesine Löttsch
Gewählt: Klaus Ernst

Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden

Gewählt: Katja Kipping, Sahra Wagenknecht,
Halina Wawzyniak, Heinz Bierbaum

Wahl der Bundesgeschäftsführer

Gewählt: Caren Lay und Werner Dreibus

Wahl des Bundesschatzmeisters

Gewählt: Raju Sharma

Wahl der Parteibildungsbeauftragten

Gewählt: Halina Wawzyniak und Ulrich Maurer
(gleichzeitig gewählt als Mitglied des Parteivorstandes)

Wahl der Bundesfinanzrevisionskommission

Per Akklamation wurden gewählt:
Cordula Vita Adam (Berlin)
Wolfgang Bubori (Hessen)
Heidemarie Ehlert (Sachsen-Anhalt)
Ralf Fiebelkorn (Sachsen)
Michael Kargus (Berlin)
Ullrich Peter Kokott (Bremen)
Hannelore Kryzak (Mecklenburg-Vorpommern)
Cornelia Wanderer (Thüringen)

Wahl der Bundesschiedskommission

Ruth Kampa
Anke Schwarzenberg
Birgit Stenzel
Sybille Wankel
Sandra Wünsch
Arnd Hellinger
Dieter Müller
Frank Nieswandt
Kay Werner
Sebastian Meskes



Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes

Gewählt:
Buchholz, Christine (Hessen)
Graf, Stefanie (SDS)
Hirsch, Nele (Berlin)
Müller, Irene (Mecklenburg-Vorpommern)
Ostmeyer, Brigitte (Baden-Württemberg)
Schillen Ida (Mecklenburg-Vorpommern)
Wissler, Janine (Hessen)
Feierabend, Ines (Berlin)
Harcke, Renate (Brandenburg)
Hein, Rosemarie (Sachsen-Anhalt)
Ohler, Gabi (Thüringen)
Rajda, Christel (NRW)
Schilka, Sabine (süSachsen)
Schubert, Katina (Berlin)
Wils, Sabine (Hamburg)
Zerhau, Ulrike (NRW)
Zoschke, Dagmar (Sachsen-Anhalt)
Al Dailami, Ali (Hessen)
Brusniak, Ben (Linksjugend [‘solid’])
Gehrcke, Wolfgang (Hessen)
Dehm, Diether (Niedersachsen)
Hartmann, Stefan (Sachsen)
Harzer, Steffen (Thüringen)
Hillebrand, Heinz (NRW)
Höhn, Matthias (Sachsen-Anhalt)
Methling, Wolfgang (Mecklenburg-Vorpommern)
Pflüger, Tobias (Baden-Württemberg)
Schindel, Harald (Saarland)
Schlecht, Michael (Baden-Württemberg)
Schulten, Werner (Berlin)
Troost, Axel (Sachsen)
Werner, Harald (Berlin)
Woop, Gerry (Brandenburg)
Zimmermann, Wolfgang (NRW)

**Einberufung der 2. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE.
Landesverband Sachsen-Anhalt**

Der Landesvorstand beruft die 2. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt für den 12. Juni 2010 nach Magdeburg, in das KONGRESS- & KULTURWERK – fichte, Fichtestr. 29/ 29a ein.

Aus dem Antrag des Landesvorstandes an den Landesparteitag:

„Wir als LINKE wollen ein Sachsen-Anhalt für alle. Keiner darf zurückgelassen, keine Region darf abgehängt werden. Wir wollen eine Stärkung des Öffentlichen, wo andere den schlanken Staat predigen. Dieser Maßstab hat unsere Arbeit als Opposition in den letzten Jahren geprägt, er ist Richtschnur dort, wo wir mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder Landräten in unmittelbarer Verantwortung stehen. Wir knüpfen dabei an den realen Lebensbedingungen der Menschen an, ohne auf haltlose Versprechen zu setzen.“

Modern, realistisch, sozial.
Perspektiven
für Sachsen-Anhalt. **DIE LINKE.**

Am 29. Mai laden die Kreisvorstände Salzwedel und Stendal sowie der Landesvorstand nach Jeggeleben ein.

Im Zeitraum April bis Juni 2010 werden in allen fünf Regionen des Landesverbandes durch den Landesvorstand und die jeweiligen Stadt- und Kreisvorstände Konferenzen durchgeführt.

Die Regionalkonferenz Altmark findet statt am Samstag, dem 29. Mai 2010, um 10.00 Uhr, in 29416 Jeggeleben, Gaststätte „Feine Sache“.

Fraktion DIE LINKE:

Die Herren Böhmer und Haseloff schweigen

Zu Nicht-Reaktionen Ministerpräsident Böhmers auf Vorstöße seines hessischen Kollegen Roland Koch bemerkt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Es ist oftmals interessant, wenn sich Herr Böhmer in aktuellen politischen Auseinandersetzungen öffentlich zu Worte meldet. Noch weitaus interessanter allerdings ist

es hin und wieder, wozu er schweigt. Da bringt sich sein hessischer Amtskollege wiederum in die Schlagzeilen, bei Bildung will er streichen, Steuern will er erhöhen. Selbst innerhalb der Union, diesmal auch bis hinauf zur Kanzlerin, war beinahe schon entsetzte Ablehnung zu vernehmen.

Herr Böhmer geruht zu schweigen, Herr Haseloff nicht minder, ob-

wohl doch gerade die Bildung in seinem „Impulspapier für die CDU-Programmdiskussion“ eine zentrale Position einnimmt. Diese auffällige Schweigsamkeit kann auch als Zustimmung zu Kochs Plänen gewertet werden, und dann dürfte klar sein, welchen Kurs die CDU in Sachsen-Anhalt ab 2011 zu fahren gedenkt. Daher fordert DIE LINKE die Herren Böhmer und Haseloff auf, sich zu eben diesen zentralen gesellschaftspolitischen Fragen der Bildungsfinanzierung und der Steuerpolitik öffentlich zu positionieren. Denn es geht in beiden Fällen für Sachsen-Anhalt um Gegenstände höchsten Interesses. DIE LINKE hat sich sowohl hinsichtlich der Bildungsfinanzierung als auch – gerade erst auf ihrem Bundesparteitag in Rostock – zur Problematik eines gerechten Steuersystems eindeutig positioniert. Sollten sich die CDU Sachsen-Anhalt und ihr Spitzenduo klar gegen Kürzungen bei der Bildung und für sozial gerechte Steuererhöhungen aussprechen, werden sie von der LINKEN dafür volle Unterstützung erhalten.“

Oberbürgermeisterin bricht Zusage der Verwaltung

Zu der von der Oberbürgermeisterin im Alleingang getroffenen Festlegung, den Weihnachtsmarkt 2010 bis 06.01.2011 zu verlängern, erklärte das Mitglied des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten Swen Knöchel:

„Die Entscheidung stellt eine erneute Missachtung des Stadtrates und seiner Ausschüsse dar. Noch in der Ausschusssitzung April sagte die Verwaltung zu, die Frage, ob und in welchem Umfang der Weihnachtsmarkt 2010 über die Adventszeit hinaus verlängert werden würde, erst nach einem Votum des Ordnungsausschusses zu entscheiden.

In der Ausschreibung sollte ein Interessenbekundungsverfahren bei den beteiligten Händlern durchgeführt werden, in welchem Umfang diese dazu bereit sind, an einem verlängerten Weihnachtsmarkt teilzunehmen. Das Ergebnis dieser Befragung sollte Grundlage für das Ausschussvotum sein.

Im Ausschuss wurde die Verlängerung des Weihnachtsmarktes kontrovers diskutiert - eine Mehrheit dafür, zeichnete sich bislang nicht ab. Die Frage des Bildes der Stadt Halle zu den Festtagen spielte dabei genauso eine Rolle, wie die Gesamtkonzeption. Letztlich sollte verhindert werden, dass der Marktplatz mit vereinzelt „Glühweinbuden“ nach Heiligabend ein uneinheitliches, wenig weihnachtliches Bild abgeben könnte. Erfahrungen anderer Städte besagen, dass ein Großteil der Händler und Schausteller die Fortsetzung des Weihnachtsmarktes nach den Feiertagen keineswegs

befürworten.

In der am 05.05.2010 erfolgten Ausschreibung, hat die Oberbürgermeisterin alle von der Verwaltung im Ausschuss gegebenen Zusagen ignoriert und bezüglich der Verlängerungsoption höchst unprofessionell agiert. Dem Ausschreibungstext zu Folge legen nun die Händler selbst fest, ob sie bis 06.01.2011 auf dem halleschen Markt sein wollen, eine Entscheidungsoption für die Stadt ist nicht mehr enthalten. Somit hat die Oberbürgermeisterin der Stadt jegliche Einflussmöglichkeit auf die Gestaltung des Marktgeschehens nach den Festtagen entzogen.

Die Oberbürgermeisterin beruft sich auf die Satzung, in welcher ihr der Stadtrat die Befugnis zur Festsetzung von Märkten übertragen hat. Dies mag zwar formalrechtlich richtig sein, zeigt aber auch das man-

gelhafte Demokratieverständnis der Oberbürgermeisterin auf. Eine von der Verwaltung in Ausschüssen gegebene Zusage ist damit faktisch wertlos. Auch war der Oberbürgermeisterin die Kritik an der Planung und Durchführung der bisherigen Weihnachtsmärkte bekannt, waren sie doch Gegenstand von Anträgen und Anfragen mehrerer Fraktionen. Auch befindet sich zurzeit eine neue Satzung für die Märkte in Halle in der Erarbeitung.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE stellt sich nun die Frage, ob die in den Satzungen des eigenen Wirkungskreises an die Oberbürgermeisterin erteilten Ermächtigungen noch sinnvoll und haltbar sind, hat Frau Szabados doch in unverantwortlicher Weise gezeigt, dass sie diese auch gegen den ausdrücklichen Willen des Stadtrates und seiner Ausschüsse gebraucht.“

Kinderbetreuung zum Landesparteitag

Am 12. Juni 2010 findet in Magdeburg, im KONGRESS- & KULTURWERK - fichte die 2. Tagung des 2. Landesparteitages statt.

Von Seiten des Vorbereitungsteams ist auch zu diesem Beratungstag eine Kinderbetreuung in der Zeit von 10.00 Uhr bis 15.30 Uhr vorgesehen. Wir bitten Delegierte und Gäste des Landesparteitages bei Bedarf eine entsprechende Anmeldung vorzunehmen.

Diese ist unbedingt notwendig, damit die Betreuer(innen) ein entsprechend altersgerechtes Betreuungsangebot vorbereiten können. Rückmeldungen bitte bis spätestens 08. Juni 2010 per Post an

DIE LINKE Sachsen-Anhalt

Günter Schwab

Ebendorfer Str. 3

39108 Magdeburg

oder per Mail an

mitglieder@dielinke-lsa.de oder kiz@dielinke-lsa.de

Die Rückmeldung sollte nachfolgende Angaben des Kindes enthalten: Name und Vorname / Geschlecht / Alter / Betreuungszeit von - bis Uhr.

Leserbrief

Der 8. Mai 1945 und politische Tendenzen der Gegenwart

Am 8. Mai 1945 wurden die Vertreter Hitler-Deutschlands gezwungen, vor den Vertretern der Anti-Hitler-Koalition in Berlin die bedingungslose Kapitulation zu unterschreiben. Das war das Ende des 2. Weltkrieges in Europa! Das war das Ende des faschistischen deutschen Staates. Das war der Sieg der Völker über den Aggressor. Das war für viele die Befreiung. Diese Niederlage war zugleich die Chance für das deutsche Volk zum Neuanfang - ohne Hitler, ohne Nazis. Der 8. Mai war daher in der DDR als „Tag der Befreiung“ Feiertag. Die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE hat 2010 beantragt, den 8. Mai per Gesetz bundesweit als jährlichen Gedenktag zu erklären.

Nach den Erfahrungen des 2. Weltkrieges war für (fast) alle Deutschen die wichtigste Forderung: Nie wieder Krieg!

In der Gegenwart befinden sich deutsche Soldaten wieder im Auslandseinsatz und beteiligen sich an Kriegen. Die Partei DIE LINKE ist die einzige konsequente Antikriegspartei in Deutschland. In Übereinstimmung mit der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung fordert sie im Bundestag und auf den Straßen das Ende der Kampfeinsätze der Bundeswehr und den baldigen Abzug der Truppen aus Afghanistan. Dafür gebührt dieser Partei Lob und Unterstützung.

Die Spur deutscher Kriegsverbrechen reicht vom Atlantik bis nach Moskau, von Norwegen bis Griechenland.

Die Welt forderte 1945 : Bestraft die Kriegsverbrecher!

Der Wille der Völker wurde zum politischen Ziel der Siegermächte. Im Potsdamer Abkommen, Abschnitt III, beschlossen sie gemeinsam die Verfolgung von Kriegsverbrechern und jenen, die an der Pla-

nung der Missetaten beteiligt waren.

Doch was waren Kriegsverbrechen und wer genau waren die Täter? 1945 gab es auf diese Fragen noch keine Antworten. Extra neu geschaffen wurden die juristischen Tatbestände „Verbrechen gegen den Frieden“, „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und ein Alliiertes Kriegstribunal in Nürnberg. Verhandelt wurde in Nürnberg über nahmhafte Vertreter Hitler-Deutschlands, von denen 12 zum Tode verurteilt wurden. Das Gericht erklärte das „Politische Korps der NSDAP“, die Gestapo und die SS zu „verbrecherischen Organisationen“. In der Gegenwart erleben wir bei „Geburtstagsfeiern“, „Totenehrungen“, „Gedenktage“ und Umzügen zu Heimatfesten - auch beim Sachsen-Anhalt-Tag, dass bestimmte Gruppierungen die Verbrechen der Nazis und deren Organisationen relativieren möchten. Das ist nicht hinnehmbar! Seid wachsam! Richtig ist, dass die Frage, ob nicht auch die Alliierten oder Teile von ihnen Kriegsverbrechen begingen, von der offiziellen Politik nicht gestellt und somit nicht beantwortet wurde. Berechtigt sind die Fragen nach dem Sinn der Bombardierung deutscher Städte kurz vor Kriegsende.

Berechtigt ist die Frage: War der Abwurf der Atombomben in Japan ein Kriegsverbrechen?

Dort, wo wir nicht um Antwort auf solche Fragen ringen, keimen anti-russische oder anti-amerikanische Stimmungen auf, die schnell zur „Verteidigung“ faschistischer Missetaten umschlagen können. Wehret den Anfängen.

Die Völker Europas und die Siegermächte forderten im Frühjahr 1945: Zerstört die deutsche Rüstungsindustrie! Die deutschen Konzerne

wie Krupp, Flick, IG Farben oder Mansfeld AG, hatten durch umfangreiche Lieferungen an Kriegsmaterial auch umfangreiche Gewinne gemacht. In ihren Betrieben wurden Gefangene und Zwangsarbeiter ausgebeutet. Das sollte nun aufhören.

Eifrig wurden Fabriken gesprengt, Anlagen demontiert und unterirdische Produktionsstätten vernichtet. Das geschah verständlicher Weise aus Angst vor der Wiederbewaffnung des Gegners, aber auch zur Ausschaltung internationaler Konkurrenz. Die Rüstungsindustrie in Deutschland ist wieder erstarkt. Sie hat großen Einfluss auf die Politik der Regierung.

In der Gegenwart ist die BRD eines der wichtigsten Exportländer für Rüstungsgüter. Deutsche Konzerne verdienen an Kriegen in der Welt. Die Partei DIE LINKE fordert daher die Umkehr deutscher Politik. Wir wollen Entspannungspolitik und zivile Entwicklungsunterstützung. Der 8. Mai 1945 war der Beginn einer gewaltigen Entnazifizierung. Die Deutschen wurden in 5 Gruppen eingeteilt: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete.

Die Entnazifizierung im engeren Sinne betraf die Gruppen 2-4, die Entnazifizierung im weiteren Sinne betraf alle Deutschen. Die Entnazifizierung umfasste Verhaftungen, Internierungen, Aberkennung der bürgerlichen Rechte, Entlassungen aus dem Beruf und andere Repressalien. Aber genau so wichtig war: Die Entnazifizierung war Befreiung. Sie befreite die Menschen vom totalitären System der Nazis. Sie erlaubte den Deutschen ein neues humanes Denken. Die geistige Erneuerung war Voraussetzung für ein demokratisches Deutschland.

In der Gegenwart fordern wir: Nie

wieder Faschismus! Nicht in Deutschland und nicht anderswo! Das Gedenken an den 8. Mai 1945 soll die Größe des Sieges über den Faschismus würdigen, uns vor einem totalitären Regime warnen und uns verdeutlichen, wie schön es ist, ein demokratisches Deutschland zu gestalten.

GNau

Für Deine Stadt - Werde aktiv!

Keine neuen "Spitze"-Löcher in unserer Stadt!
Stopp den Abriss der Hochhäuser am
Riebeckplatz -
Mit Deiner Unterschrift!

UNTERSCHRIFTEN BÜRO
LEIPZIGER STR. 33
MO-FR 15-18 UHR

Partei im Aufbruch? DIE LINKE nach ihrem Rostocker Bundesparteitag

Der Ortsverband „Clara Zetkin“ lädt Sie herzlich ein, mit **Dr. Petra Sitte**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Delegierte des Bundesparteitages, ins Gespräch zu kommen.

Wann?

Donnerstag, 3. Juni 2010, 15:00 - 17:00 Uhr

Wo?

Begegnungsstätte „Zur Fähre“, Böllberger
Weg 150

(Straßenbahnhaltestelle Diesterwegstraße)

DIE LINKE.

Bundeswehr-Einsatz am Coppi-Gymnasium verhindert

Das Mitglied im Landesvorstand der Partei DIE LINKE Berlin, Sebastian Schlüsselburg erklärt:

Die Absage einer für den 27. Mai geplanten Veranstaltung mit zwei Jugendoffizieren am Lichtenberger Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium ist zu begrüßen. Schüler, Eltern und einige Lehrer haben von dieser schon länger geplanten Veranstaltung erst spät erfahren und umgehend gegen die Einladung der Bundeswehr protestiert. Seit gestern bestätigt ein Aushang der Schulleitung: Die Veranstaltung wurde aufgrund der überzeugenden Argumente der Schülervertretung abgesagt.

Das ist ein großer Erfolg für den antimilitaristischen Protest der Schüler, Eltern und einiger Lehrer. Er zeigt, dass man mit diesem strittigen Thema sensibler als andere

Schulen oder die schwarz-grüne Zählgemeinschaft in Steglitz-Zehlendorf umgehen kann.

Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg forderte unlängst, das Engagement der Jugendoffiziere an Schulen angesichts der schwindenden Zustimmung zum Afghanistan-Krieg zu verstärken. Wir finden: Schulen sollten im Einklang mit der Schulgemeinschaft sehr genau prüfen, ob sie die Jugendoffiziere überhaupt einladen. Die Schulen dürfen sich nicht einseitig der Propaganda der Jugendoffiziere öffnen, sondern müssen das staatliche Neutralitätsgebot wahren.

Die rot-rote Koalition arbeitet deshalb an einem parlamentarischen Antrag. Die Schulen sollen vom Senat über die sensible Rechtslage aufgeklärt und im Falle der Einladung von Jugendoffizieren auf ihre Pflicht zur Herstellung von Pluralität hingewiesen werden.



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
20.05.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 03.06.2010